

Stadtvillen statt Stadthaus?

Geplantes Haus am See als Krönung der IBA-Projekte wohl gestorben

Die Umsetzung der ursprünglichen Pläne für die Wiederbebauung des Geländes am Stadtsee mit einem Neubaukomplex, in dem neben der Wohnungs- und Baugesellschaft mbH auch das Stadtarchiv und die Bibliothek einziehen sollten, lässt sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr umsetzen.

Von René Kiel

Staßfurt. Das Bau- und Verkehrsministerium des Landes hat einen großen Teil der damals zugesagten EFRE-Fördermittel in Höhe von 2,4 Millionen Euro zurückgezogen, weil die Stadt nicht in der Lage war, ihren Eigenanteil von 360 000 Euro aufzubringen, informierte Horst Müller von der Landesentwicklungsgesellschaft SALEG in der jüngsten Stadtratssitzung. Das Projekt für das Haus am See wäre das „Sahnehäubchen“ für den Stadtbau gewesen, fügte er hinzu.

Da sich das aus finanziellen Gründen wahrscheinlich nicht mehr umsetzen lässt, haben sich die Mitarbeiter der SALEG Gedanken gemacht und nach Alternativen für diesen Standort gesucht. Wie Müller sagte, wäre es zum Beispiel möglich, auf dem rund 2200 Quadratmeter großen Areal eine Wohnbebauung mit Stadtvillen mit gehobenem Niveau vorzunehmen. Ein solches Vorhaben sei in Leipzig, Hamburg und Weimar umgesetzt worden. „Es könnte auch ein Saal mit untergebracht werden“, sagte Müller. Letzterer sollte dem Stadtrat für seine Sitzungen dienen.

Die Gesamtinvestitionskosten

gab er mit 2,9 Millionen Euro an. Davon könnten im Rahmen des Stadtbbaus 35 Prozent der Bausumme gefördert werden. Das wären 1,052 Millionen Euro. Die Stadt selbst müsste sich mit Eigenmitteln in Höhe von 351 000 Euro beteiligen. Das gleiche gelte für Bund und Land in gleicher Höhe, sagte Müller.

Seinen Worten zufolge könnte der Sanierungsträger das fehlende Geld mit Hilfe eines Darlehens aufbringen. Die Zinsen und die Tilgung könnten dann über die Miete refinanziert werden. Nach Abschluss der Finanzierung würde das Projekt dann an die Stadt oder ihre Wohnungs- und Baugesellschaft mbH übertragen.

„Ich unterstütze diese Idee ausdrücklich, weil an dieser Stelle etwas getan werden muss“

Wie Müller mitteilte, sei der Fördermittelbedarf dafür bereits dem Bauministerium avisiert worden. „Wir wissen von dort, dass die Stadt Staßfurt gute Chancen hätte, eine Förderung zu erfahren“, sagte der SALEG-Mann. Darüber hinaus gebe es auch schon Interessenten, sich in einer solchen Wohnform zu etablieren, fügte Müller an. Seinen Schätzungen zufolge könnten an diesem Standort 25 bis 30 Wohnungseinheiten entstehen. In diesem Zusammenhang verwies er auf den ehe-



Anstelle des geplanten Stadthaus könnten an der bislang ungenutzten Ecke Stadtvillen mit 25 bis 30 Wohnungen entstehen und das IBA-Projekt Stadtsee abrunden. Auch ein Stadtsaal wäre innerhalb des Vorhabens denkbar.

Foto: Falk Rockmann

maligen Elbebahnhof am Magdeburger Schleinufer, wo derzeit attraktive Stadtvillen entstünden.

Oberbürgermeister René Zok (parteilos) hält den Vorschlag der SALEG für eine gute Idee. Darüber sollte man im Stadtrat ernsthaft nachdenken.

Das ursprüngliche Projekt lasse sich nur schwer realisieren.

„Ich unterstütze diese Idee ausdrücklich, weil an dieser Stelle etwas getan werden muss“, sagte der Chef der Fraktion Unabhängige Wählergemeinschaft Hartmut Wiest und forderte den Abriss des an das Gelände angrenzenden ehemaligen Kataster-

amtes, weil dort keine andere Nutzung vorgesehen sei. „Einen schönen Abschluss mit Stadtvillen finde ich sehr positiv“, so Wiest. Er und seine Fraktionskollegen hatten sich gegen den Gebäudekomplex am See ausgesprochen und die Verwaltung stattdessen aufgefordert, im Stadtzentrum nach Alternativen zum Um- und Ausbau von vorhandenen Gebäuden zu suchen.

Auch die Unabhängige Bürgervertretung Staßfurt begrüßte den Alternativ-Vorschlag der SALEG, sagte Harald Wiest. Interessenten werden sich dort einmieten, aber auch Wohneigentum erwerben können, teilte ihm Müller auf Anfrage mit. Damit könnten jun-

ge Familien in der Stadt gebunden werden, so Wiest. Auch seine Fraktion hatte die ursprünglichen Pläne für diesen Standort abgelehnt, weil sich die Stadt aus ihrer Sicht bei ihren Haushaltsproblemen nicht leisten könne, hieß es. Die UBvS konnte sich mit ihrer Forderung, es zu kippen, im Rat damals nicht durchsetzen.

Gerhard Wiest von den Linken machte darauf aufmerksam, dass man bei einem Umschwenken ein neues Konzept für das Stadtarchiv und die Stadtbibliothek brauche, die beide in dem Neubau am See mit untergebracht werden sollten, um personelle Synergieeffekte nutzen zu können.